



Der Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 22.10.2008

1. Den Mitgliedern des
Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 28. Oktober 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 9.9.2008
2. Suchthilfezentrum Wiesbaden
3. 07-F-25-0019

ANLAGE

Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- *Bericht des Dezernates VI vom 14.10.2008* -

4. 08-F-01-0082

ANLAGEN

Ärztliche Versorgung in Wiesbaden

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.8.2008* -
- *Bericht des Dezernates VI vom 6.10.2008* -

Es ist vorgesehen, mit der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt gegen 18.00 Uhr zu beginnen !

5. 08-F-01-0096

Räume für Selbsthilfegruppen im Gesundheitsamt

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 6.8.2008 -

Im Gesundheitsamt an der Dotzheimer Str. 38 - 40 unterhält die Stadt Wiesbaden ein Selbsthilfezentrum. In diesem Selbsthilfezentrum stehen Selbsthilfegruppen und Gesundheitsinitiativen für ihre regelmäßige Gruppenarbeit zu fest vereinbarten Zeiten an allen Wochentagen zwei Räume mit Multifunktionswand, Teeküche, Pinwand, Schließfächern kostenlos zur Verfügung. Ein Raum eignet sich auch für Bewegungsangebote der Gruppen.

Nach dem Umzug des Gesundheitsamtes in das neue Verwaltungszentrum in der Berliner Straße, werden den Selbsthilfegruppen solche Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Deshalb möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wie bewertet der Magistrat die bisherige Arbeit und Leistung eines solchen Selbsthilfezentrums?
- Welche Ausweichmöglichkeiten sind den Gruppen angeboten worden? Und wann können diese Räumlichkeiten bezogen werden?
- Was sind die Gründe dafür, dass dem Zentrum bisher noch keine (oder kleinere?) Räumlichkeiten angeboten wurden?
- Wie gedenkt der Magistrat das Selbsthilfezentrum in Zukunft zu unterstützen?

6. 08-F-25-0119

Computer- und Internetsucht bekämpfen - Medienkompetenz stärken

- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 18.9.2008 -

Eine am 28.07.08 vorgestellte Untersuchung des Zentrums für empirische pädagogische Forschung der Universität Koblenz-Landau zeigt, dass 11,3% der zehn- bis zwanzigjährigen Befragten ein pathologisches Computerspielverhalten aufzeigen. Pathologische Computerspieler erleben in ihrer gegenwärtigen Lebenssituation ein höheres Maß an Überforderung, sie sind in verschiedenen Lebensbereichen deutlich unzufriedener, ihr Verhalten bewirkt negative Konsequenzen im schulischen und sozialen Bereich. Auch das Chatten oder die exzessive Suche nach Informationen im Internet birgt ein Suchtpotenzial.

Weitere mit der Nutzung des PCs verbundene Gefahren für Kinder und Jugendliche (die z.T. auch auf die Mobiltelefonnutzung zutreffen) sind die verborgenen Kostenfallen sowie die leichtfertige Freigabe von persönlichen Daten und Fotos im Internet.

Nach einhelliger Meinung von Fachleuten benötigen Angehörige und Bezugspersonen, die ihren Alltag mit den Betroffenen verbringen, die Spielsucht deshalb zuerst bemerken und somit frühzeitig und adäquat reagieren können, unbedingt umfangliche Informationen und Beratung in diesem Bereich.

Ziel von Präventionsmaßnahmen soll es sein, bei den Betroffenen Einsicht bezüglich des problematischen Umgangs zu erzeugen und den Willen zur Verhaltensänderung zu stärken. Langfristig soll ein Weg eines „gesunden“ Umgangs mit dem Medium gefunden und (wieder) erlernt werden.“

Vor diesem Hintergrund wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit Kooperationspartnern, ein Konzept zu entwickeln. Das Konzept soll insbesondere beinhalten:

1. Informationsveranstaltungen, fachspezifische Vorträge und individuelle Projektarbeit für Schulen und weitere Interessenten.
2. Fortbildung von Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen mit dem Ziel, das Beratungsangebot auszuweiten.
3. Entwurf und Herausgabe einer Informationsbroschüre, die einerseits gezielt auf Eltern und andererseits auf junge Menschen zugeschnitten ist.

7. 08-V-20-0056

DL43/08-1 NÖ

Satzungsänderung der HSK Rhein-Main GmbH und der HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH

8. 08-A-17-0006

Bericht der Gesundheitsdezernentin

9. Verschiedenes

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 28. Oktober 2008

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt
Vorsitzender